



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.

info@fluglaerm-weg.de
www.fluglaerm-weg.de

13.12.2012

Pressemitteilung:

Neue Verhandlungen zum Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz: Missachtet der Verkehrsminister weiter die Region Südbaden?

Laut einer Meldung der dpa* haben Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und dessen Schweizer Amtskollegin Doris Leuthard weitere Verhandlungen über den Deutsch-Schweizerischen Fluglärmvertrag aufgenommen. „Derzeit werde noch auf Deutscher Seite geklärt, in welchen Punkten es Sorgen bei der Bevölkerung und die Notwendigkeit von Präzisierungen gebe.“

Die für die Entlastung Südbadens elementaren Fragen, wesentliche formale und materielle Inhalte, die in völkerrechtsverbindlicher und eindeutiger Weise geklärt und gelöst werden müssen sowie handwerkliche Fehler des Staatsvertrages werden als „Sorgen der Bevölkerung“ verharmlosend dargestellt.

Die verdrehte Darstellung befremdet um so mehr, da Minister Ramsauer versprochen hat, die Region und das Land an den Verhandlungen zu beteiligen. Mit wem von Region oder Land wird seit dem 26.11.2012 wann, was und wo geklärt? Die Bürgerinitiativen haben von den bereits gestarteten Nachverhandlungen des Bundesverkehrsministers wieder einmal aus der Presse erfahren.

Es geht nicht um „Notwendigkeit von Präzisierungen“ eines von Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Landesgruppen, Landtag und Landesregierung BW, Landkreisen, Kommunen sowie Bürgerinitiativen der gesamten Südbadischen Region abgelehnten Staatsvertrags. Der Staatsvertrag muss neu verhandelt werden.

Die jüngst aufgedeckten in der Schweizer Politik schon lang bekannten und dennoch ignorierten Sicherheitsaspekte müssen bei Neuverhandlungen berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass Flugbewegungen ausschließlich im südbadischen Raum abgewickelt werden und das sichere Südkonzept ausgeklammert wird, um die Bevölkerung im Süden Zürichs vor Flugverkehrsbelastungen zu schützen.

"Bürgerbeteiligung darf nicht nur eine Worthülse sein", schreibt der Minister in seinem am 6. November vorgestellten Handbuch für Bürgerbeteiligung. Er werde den Behörden seines Ressorts deutlich machen, "dass wir bei der Anwendung mit gutem Beispiel vorangehen müssen". Wo bleibt die Umsetzung dieser Thesen in der Praxis? Die Region, neben den politischen Vertretern auch die sachkundigen und am Gemeinwohl interessierten Bürger und Bürgerinitiativen, müssen bei diesen Verhandlungen beteiligt werden.

Die Online-Petition "Stoppt den Staatsvertrag" der Bürgerinitiative bekommt durch diesen erneuten Versuch, ohne Beteiligung der Region mit der Schweiz zu verhandeln, eine neue Brisanz. Wir fordern Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer mit dieser an ihn gerichteten Petition auf, den Staatsvertrag zurückzuziehen.

Jeder Bürger hat eine Stimme und die Möglichkeit, sich über www.fluglaerm-weg.de an Minister Ramsauer und gegen diesen desaströsen Vertrag zu wenden.

*Südkurier 283 vom 13.12.2012: dpa: Neue Gespräche zum Fluglärm